

Anhörung von Sachverständigen des Hauptausschusses
Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung!

Anhörung des Hauptausschusses am 18. April 2024
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/7198
am Donnerstag, dem 18. April 2024

Stellungnahme

Stefan Schönfelder

Referatsleiter

Referat V.1 | Grundsatzfragen Demokratie, Demokratieentwicklung und politische Bildung
Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Dienst- und Fachaufsicht Sächsische Landeszentrale politische Bildung

0. Vorbemerkung

In der folgenden Stellungnahme wird nicht auf alle Fragen des übermittelten Fragenkatalogs zur Anhörung im Einzelnen eingegangen. Die Fragen überschneiden und ergänzen sich zum Teil und wurden zu kurzen Kapiteln zusammengefasst. Einige Fragen liegen außerhalb der Erkenntnisse, Zuständigkeiten oder Kompetenzen des Unterzeichnenden.

1. Aufgaben und Wesen politischer Bildung

In den Unterlagen zur Anhörung wird zunächst auf die Aufgaben und aktuellen Herausforderungen politischer Bildung allgemein Bezug genommen. Deshalb zunächst auch hierzu einige ergänzende Anmerkungen aus der Bildungsarbeit in Sachsen.

Politische Bildung will Menschen befähigen, die sich stets im Wandel befindliche politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit zu erkennen, zu beurteilen und zu beeinflussen. Politische Bildungsarbeit will Wirkung erzielen, denn die politische Analyse-, Urteils- und Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger stellt eine Voraussetzung für das Funktionieren demokratischer Systeme dar. Politische und historische Bildung fördert die aktive Zivilgesellschaft respektive ihre mündigen Bürgerinnen und Bürger individuell oder in Gruppen.

Als politische Bildungsangebote werden nicht nur Angebote zur Vermittlung politischen Wissens verstanden, sondern vor allem all jene pädagogischen und didaktischen Prozesse, die darauf gerichtet sind, Menschen bei der Entwicklung selbstbestimmter politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit auf der Grundlage der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu unterstützen. Wesentliche Ziele politischer Bildung sind die Förderung der Motivation zur Mitgestaltung politischen Lebens, die Förderung der Fähigkeit zur politischen Selbstpositionierung, politischer Urteilsfähigkeit, Ambiguitätstoleranz und Geschichtsbewusstsein und die Aneignung von Werkzeugen zu Partizipation, Teilhabe und Deliberation unterschiedlicher Meinungen. Politische Bildung ist ein von Subjekten – und damit den Adressatinnen und Adressaten – getragener Prozess der Bildung von Mündigkeit, der sich an demokratischen Grundwerten wie Menschenwürde, Gerechtigkeit, Gleichheit, Frieden, Solidarität, Emanzipation und Freiheit orientiert. Politische Bildung fördert die Kraft, die politische Wirklichkeit im Hinblick auf die Durchsetzung demokratischer Prinzipien kritisch und reflektiert zu beurteilen. Sie entwickelt die Fähigkeiten zur politischen Partizipation und zur Gestaltung von Demokratisierungsprozessen. Im Unterschied zu anderen – vor allem historisch bekannten – Formen politischer Erziehung (Staatsbürgerkunde der DDR) ist politische Bildung weder affirmativ noch neutral.

Politische Bildung findet im Alltag der Menschen statt und sollte nicht auf intendierte Vermittlungsprozesse von Politik reduziert werden. Die Demokratie und das Politische werden in konkreten Lebenssituationen, an spezifischen Problemen und in realen Konflikten erfahren. Die politischen oder demokratischen Selbstbildungen der Menschen können und müssen aus diesem

Grund als Prozesse der Politisierung und der Subjektivierung von Menschen gelesen werden, in denen Interessen, Werte, Anerkennung und Ressourcen gesellschaftlich verhandelt werden. Politische und damit demokratische Bildung – als politisches Selbst- und Weltverstehen – findet in Form von Positionierungen innerhalb dieser gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse statt.

1. Die Rolle der Landeszentrale für politische Bildung in NRW

Trotz sehr ähnlicher Aufgabenstellung sind Strukturen, Ausstattungen und Schwerpunkte der Landeszentralen in den Bundesländern auffallend unterschiedlich. Unterschiedliche fachliche Kontexte, Traditionen und politische Rahmenbedingungen haben dazu geführt, Veränderungen sind immer wieder gefordert worden oder durch die Einrichtungen selbst intendiert worden.

In der Selbstbeschreibung und Darstellung der Landeszentrale Nordrhein-Westfalen fällt dem Außenstehenden Folgendes auf:

- Die Landeszentrale gehört seit 2017 zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft und ist unmittelbar Teil der Landesverwaltung.
- Die Landeszentrale nimmt eine sehr große Bandbreite an Aufgaben im breiten Themenfeld politischer Bildung wahr – Veranstaltungskonzeption und -organisation selbst, Gedenkstättenarbeit, Vernetzung, sie ist Fördermittelgeber in Programmen für die Kommunen in NRW, betreut die Partnerschaften für Demokratie und das Förderprogramm „Demokratie leben!“. Sie soll die wissenschaftlichen Forschungen integrieren und führt die Bemühungen der Ressorts der Landesregierung zur politischen Bildung im Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus wiederkehrend zusammen.
- Daneben ist auffällig, dass in der Beschreibung der Aufgaben Präventionsarbeit und politische Bildung eng miteinander verknüpft werden.

Die Landeszentrale ist dafür nach vorliegenden Unterlagen mit einem Personalbestand von bisher 33 und nach der Einrichtung der Stabsstelle 24 Planstellen ausgestattet.

Dem soll nachfolgend die Struktur und Ausstattung in Sachsen holzschnittartig gegenübergestellt werden.

Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung wurde 1991 als nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts vom Freistaat Sachsen errichtet und ist seit 2020 eine nachgeordnete Behörde des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG).

Sie hat in den letzten Jahren einen leichten Aufwuchs an Personalstellen zu verzeichnen und hat derzeit 32 Mitarbeitende und einen Sachhaushalt von etwa 1,5 Mio EURO.

Daneben existieren in Sachsen aber mehrere Einrichtungen mit Aufgaben, die die LpB NRW mit erfüllen soll.

- a. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten erinnert an die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur und der kommunistischen Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Sie erschließt und bewahrt historische Orte politischer Gewaltverbrechen und politischen Unrechts im Freistaat Sachsen und gestaltet sie als Orte politisch-historischer Bildung. Sie betreibt sieben eigene Einrichtungen und fördert zwölf weitere Gedenkstätten institutionell und weitere Einzelprojekte. Dafür steht ihr 2024 ein Gesamthaushalt von knapp 7,5 Mio EURO in Zuständigkeit des sächsischen Wissenschaftsministeriums zur Verfügung.
- b. Für die Forschung zu Demokratiefragen wurden 2020 zwei neue Institute durch Förderung des SMJusDEG gegründet: Das Else Frenkel-Brunswik-Institut an der Uni Leipzig forscht zu demokratiefeindlichen und demokratiegefährdenden Ideologien, Einstellungen und Bewegungen in Sachsen, die John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie an der TU Dresden erforscht und vermittelt Didaktikfragen. Die Einrichtungen werden jeweils mit rund 750 TEURO jährlich durch den Freistaat gefördert und haben einen starken Auftrag zum Transfer der Erkenntnisse in die Zivilgesellschaft und die sächsischen Kommunen.

- c. Die Partnerschaften für Demokratie werden federführend durch das Sächsische Innenministerium im Rahmen des Landespräventionsrates betreut und finanziert.
- d. Das Landesprogramm „Demokratie Leben!“ wird durch ein eigenes Referat im Sächsischen Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS) umgesetzt.
- e. Im SMS betreut ein weiteres Referat die Förderung der Landesberatungsnetzwerke und die Vernetzung der Akteure in einem Landesbeirat Demokratiezentrum.
- f. Das „Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus“ wurde in Sachsen auf Beschluss des Landtages 2021 erstmals erstellt und wird seitdem unter Federführung des Sächsischen Innenministeriums jährlich mit der Zivilgesellschaft diskutiert und aktualisiert. Dabei umfasst das Konzept nicht nur die politische Bildung, sondern auch Maßnahmen z.B. von Justiz, Polizei und Demokratiebildung in kulturellen Zusammenhängen. Beispielhaft für die Bandbreite seien die beiden gemeinsamen Handlungsrichtlinien von Landeskriminalamt und Generalstaatsanwaltschaft zum Umgang mit antisemitischen Straftaten und zu Straftaten mit rassistischer Motivation genannt.

Natürlich kann die Verteilung dieser vielfältigen Aufgaben als Zersplitterung kritisiert werden, allerdings wird auch deutlich, dass erhebliche Ressourcen zur Verfügung stehen und die Verantwortung für Demokratieförderung von vielen Ressorts gemeinsam getragen wird, was als Vorteil für die vielfältigen Aufgaben gesehen werden kann. Der Unterschied zu den komplexen Aufgaben der Landeszentrale NRW und der dafür relativ geringen Ausstattung wird ebenso deutlich.

2. Weiterentwicklung der politischen Bildung

Etliche Fragen in der Vorbereitung der Anhörung beziehen sich auf die Weiterentwicklung der Landeszentrale und die Erhöhung der Wirksamkeit ihrer Angebote.

Zurecht wird nach der Wirkung gefragt, dabei ist aber dringend darauf hinzuweisen, dass politische Bildung auf eine sehr basale und langfristige Herausbildung von Grundwerten, Beteiligungsmotivation und Beteiligungsfähigkeiten abzielt wie oben beschrieben. Sie ist keine Feuerwehr, die die aktuellen Brände der politischen Auseinandersetzungen löschen kann und sie ist kein Pflaster, das die realen politischen Konflikte einfach überdeckt. Trotzdem reagiert sie natürlich auf Tendenzen und aktuelle Ereignisse. Und diese Herausforderungen sind – das wird zurecht beschrieben – aktuell sehr hoch. Politische Bildung bewegt sich in einem gesellschaftlichen Kontext, den die Abgeordneten des Landtages NRW nur allzu gut kennen und der sich in Sachsen in einigen Aspekten vielleicht noch deutlicher zeigt:

- Mit dem Erstarken antidemokratischer Kräfte und nichtdemokratischer Einstellungen geht eine gezielte Destabilisierung demokratischer Institutionen und Prozesse einher - aus ideologischen und geostrategischen Motivationen.
- Gesellschaftliche Veränderungen verlangen den Menschen eine hohe Toleranz und Bereitschaft zur Veränderungsgestaltung oder zumindest Anpassung ab.
- Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sind stark polarisiert, Gewaltaufrufe und Gewalt gegen politische Gegner und Mandatsträger/innen nehmen zu, örtliche Debatten können oft nicht konstruktiv und demokratisch ausgetragen werden.
- Kriege, Terror und Krisen verunsichern und sind im Alltag der Gesellschaft präsenter denn je.
- Die Digitalisierung verändert nicht nur Arbeitswelt, Kommunikation und Wissenszugänge sondern auch die Rezeption politischer Bildungsangebote und es muss mit einer dauerhaften Gleichzeitigkeit von höchst verschiedenen Rezeptionswegen politischer Kommunikation gerechnet werden.

Insofern bezeichnen wir die aktuelle Situation gern als heiße Phase der politischen Bildung – eine Phase, in der sie sehr gefordert ist und sich weiterentwickeln muss. Allerdings kann das auch als Chance beschrieben werden, Strukturen, Schwerpunkte und Arbeitsweisen zu überdenken und neu zu erfinden.

Wohin und wie sich die LpB NRW dabei entwickeln sollte oder kann, kann durch diese Stellungnahme nicht vorweggenommen werden. Allerdings soll ein Pfad vorgeschlagen und – aus der Erfahrung der Sächsischen Landeszentrale - mögliche Entwicklungsaspekte angedeutet werden.

Selbstvergewisserung und Organisationsentwicklung

Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) hat auf Anregung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung in den Jahren 2021 bis 2023 einen intensiven Diskussions-, Strategie- und Organisationsentwicklungsprozess durchlaufen, um die eigene Rolle und das eigene Aufgabenportfolio klarer zu definieren. Dabei kommen insbesondere dem Direktor Dr. Roland Löffler besondere Verdienste zu, der diesen Weg beharrlich und systematisch verfolgt.

Die SLpB hat zunächst über externe Auftragnehmer eine Studie zum Umfeld der Landeszentrale in Auftrag gegeben. Diese beschreibt die Akteure der politischen Bildung im Land mit ihren spezifischen Aufgaben, Ressourcen, Strukturen und Spezifika. Daraus lassen sich erste Hinweise für die Rolle der Landeszentrale in dieser Landschaft ableiten.

Ab 2022 wurde die Landeszentrale durch eine externe Agentur bei einem Organisationsentwicklungsprozess begleitet, der neben vergleichenden Analysen insbesondere eine Reihe von Workshops mit anderen Trägern der politischen Bildung und der Demokratiearbeit in Sachsen, mit dem Team der Landeszentrale und Einzelberatungen mit dem Leitungsteam und Interviews mit Stakeholdern umfasste. Dazu gehörte auch die Beschreibung von Erwartungen und Traditionen, die Analyse von Stärken und Schwächen und die Rückkopplung mit den konkreten Möglichkeiten und Grenzen des Teams. Daraus ist ein Konzept zur mittelfristigen Weiterentwicklung entstanden, das dem Sächsischen Kabinett zur Kenntnis gegeben wurde und nunmehr Grundlage für die nächsten Schritte ist. Dazu gehören strukturelle Veränderungen, neue Vorhaben der Landeszentrale und die Implementierung im Team der Landeszentrale selbst.

Dieses Vorgehen wird klar empfohlen und es wird darüber hinaus empfohlen, dafür ausreichend Zeit und externe Unterstützung einzuplanen.

Fokussierung und Innovation

Wie angedeutet, sind die konkreten Ergebnisse nicht übertragbar und müssen für die LpB NRW im Land gefunden werden. Es sollen nichtsdestotrotz einige Aspekte genannt werden, weil sie mögliche Ansätze aufzeigen.

- Es ist deutlich geworden, dass eine Landeszentrale kaum alle Themen kontinuierlich bearbeiten kann. Der OE-Prozess hat deshalb eine Fokussierung auf fünf Schwerpunktthemen gelegt.
- Viele Themen sind für die unterschiedlichen Zielgruppen nach Alter und Bildungsabschluss, Herkunft und Sprache ähnlich wichtig, die Vermittlungswege sind aber vielfältig, es ist deutlich geworden, dass eine Organisationsstruktur entlang der Medien (Veranstaltung/ print/ online nicht zielführend und effektiv es. Es soll stärker als bisher teamübergreifend gearbeitet werden, so entstehen aus der Bearbeitung eines inhaltlichen Themas Produktpakete aus Veranstaltungen, Publikationen und Online-Formaten, aber auch schnellen, reaktiven ad-hoc-Formaten wie beispielsweise eine Videokonferenz für Lehrer/innen kurz nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023.
- Die Landeszentrale kann nicht allein zu Inhalten und Methoden permanent innovativ arbeiten. Sie geht deshalb in Kooperationen gezielt Themen nach und versteht sich als Transferraum inhaltlicher, didaktischer und methodischer Innovationen, als Vernetzungsplattform für die Politischen Bildner/innen in Sachsen.
- Als staatliche Einrichtung genießt die Landeszentrale insbesondere bei staatsnahen Berufsgruppen hohes Vertrauen, sie bietet deshalb weiter und teilweise verstärkt Bildung für Lehrer/innen und Polizist/innen an.

- Als überparteiliche Einrichtung genießt die Landeszentrale einen guten Ruf als fairer Moderator, sie hat deshalb einen Pool von Moderator/innen aufgebaut und qualifiziert diese ständig weiter, so dass mit Unterstützung dieser Moderator/innen kommunale Dialogprozesse insbesondere in Konfliktsituationen begleitet werden können.
- Die Landeszentrale kann allein nicht in der Fläche wirken, sie geht deshalb Kooperationen mit mehr als 100 Einrichtungen im Land ein. Dazu gehören z.B. kostenlose Publikationsauslagen für öffentliche Bibliotheken und abrufbare Vortragspakete für Volkshochschulen.
- Wir untersuchen die Möglichkeit eines neuen Standortes für die Landeszentrale, möglichst im Stadtzentrum mit hohem Publikumsverkehr, möglichst mit anderen Einrichtungen der politischen Bildung gemeinsam unter als gemeinsames Tagungshaus mit hoher öffentlicher Wahrnehmbarkeit und Synergieeffekten.

Es ist deutlich geworden, dass wir durch den Organisationsentwicklungsprozess nicht nur sehr konkrete Ansätze für die Weiterentwicklung der Landeszentrale, für Ihre Wahrnehmbarkeit und Wirksamkeit gefunden haben, sondern auch die Vernetzung in die Trägerlandschaft und die Motivation der Mitarbeitenden gestärkt wurden. Zumindest überprüfenswert ist, ob die LpB NRW die sehr breite Aufgabenpalette mit der aktuellen Ausstattung und Struktur wirksam umsetzen kann.

3. Unabhängigkeit und Überparteilichkeit

Angesichts der Umstrukturierung wurde wiederholt nach Empfehlungen für die Stärkung der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Landeszentrale gefragt. Diese beiden Anforderungen müssen sicherlich verknüpft werden mit Kriterien wie

- organisatorischer Agilität, um auf Veränderungen reagieren zu können,
- Akzeptanz in der zivilgesellschaftlichen Trägerlandschaft und dem angestrebten vielfältigen Publikum,
- Sichtbarkeit, um als Akteur ansprechbar und wirksam zu sein,
- Ausbau des Vertrauens, dass die Landeszentrale üblicherweise genießt.

Die Organisationsform als nachgeordnete, aber relativ eigenverantwortliche Behörde hat sich aus hiesiger Sicht bewährt. Dies sollte aber verbunden werden mit zwei weiteren Aspekten:

Zum einen ist die politische Bildung originäre Aufgabe der Exekutive, die Dienst- und Fachaufsicht sollte bei einem Fachressort liegen, das eine Zuständigkeit und Expertise in der Demokratieförderung oder der allgemeinen Weiterbildung hat – wie es in NRW praktiziert wird. In der Praxis in Sachsen nimmt das zuständige Fachreferat keinen Einfluss auf das operative Geschäft, sondern unterstützt die Landeszentrale in der Entwicklung der Grundzüge der Aufgabenplanung und natürlich in Personal- und Haushaltsfragen.

Zum anderen wird die Überparteilichkeit, Fachlichkeit und Vernetzung in unterschiedliche Gesellschaftsgruppen in Sachsen durch ein Kuratorium abgesichert. Das Kuratorium setzt sich aus elf Mitgliedern des Landtages zusammen, die entsprechend der Mehrheitsverhältnisse von den Fraktionen vorgeschlagen werden und zehn Sachverständigen, die vom Direktor der SLpB vorgeschlagen werden. Alle 21 Mitglieder werden von der zuständigen Ministerin/ dem zuständigen Minister für die Dauer einer Legislatur berufen, kommen regulär zweimal im Jahr zusammen und entscheiden über Jahresprogramm, Haushaltsplan und wesentliche Vorhaben. Das Kuratorium hat sich insbesondere für die gute Unterstützung des Parlaments für die Arbeit der Landeszentrale und eine kontinuierliche Rückkopplung in Politik und Gesellschaft bewährt.

Gleichwohl soll an dieser Stelle betont werden, dass sich die Landeszentrale wie auch politische Bildung allgemein sich zwar als überparteilich aber nicht als neutral versteht, sondern als parteiisch im Sinne der Werte des Grundgesetzes und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

4. Zusammenfassung

Durch den Unterzeichnenden können die Auswirkung der in Rede stehenden Umstrukturierung aktuell nicht zu bewertet werden. Allerdings ist der Eindruck entstanden, dass durch die Teilung der Aufgaben und Neuzuweisung von Zuständigkeiten die Sichtbarkeit der Strukturen zunächst nur innerhalb des Ressorts möglicherweise erhöht wurde. Die symbolische Aufwertung der Themen durch die direkte Anbindung an eine Staatssekretärin ist nicht zu unterschätzen, die praktische Steigerung der Wirksamkeit steht allerdings noch in Frage, weil sich die Ressourcen für die großen und breit angelegten Aufgaben dadurch nicht wesentlich erweitert haben.

Insofern wird empfohlen, bei der aktuellen Umstrukturierung nicht stehen zu bleiben, sondern diese zum Anlass zu nehmen, um umfassend und mit mittelfristiger Perspektive auf Strukturen, Aufgabenverteilung, Anbindung, innere Organisation, Einbettung und Ausstattung zu schauen, um den angestrebten Zielen wirklich nachzukommen. Dies sollte als konstruktiver und reflexiver Prozess mit allen Beteiligten und Stakeholdern organisiert werden, denn neben der Erneuerung und Innovation braucht politische Bildung auch Kontinuität - gerade auch in der Ausstattung - und breit getragene Unterstützung. Dafür wünsche ich Erfolg und glückliche Hände.

Dresden 14.04.2024
Stefan Schönfelder